

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1993 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1993 — BBVAnpG 93)

A. Zielsetzung

1. Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes vom 4. Februar 1993.
2. Spürbarer Beitrag zu der infolge der Einigung Deutschlands erforderlichen Beschränkung der öffentlichen Ausgaben im Rahmen einer solidarischen Lastenverteilung.

B. Lösung

1. Zum 1. Mai 1993 werden die Bezüge linear um 3 v. H. angehoben. Gegenüber dem Tarifergebnis vom 4. Februar 1993 tritt die Erhöhung mit demselben Vomhundertsatz vier Monate später in Kraft.
2. Zum 1. Januar 1993 wird — entsprechend dem Tarifergebnis vom 4. Februar 1993 — der Ortszuschlag in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 für jedes zu berücksichtigende Kind einheitlich um je 10 DM erhöht.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden Mehrkosten in Höhe von 636,4 Millionen DM entstehen.

Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (132) — 225 00 — Bu 197/93

Bonn, den 21. Juli 1993

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1993 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1993 — BBVAnpG 93) mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 658. Sitzung am 18. Juni 1993 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Dr. Helmut Kohl

Anlage 1

**Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1993
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1993 — BBVAnpG 93)**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1**Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes**

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 1992 (BGBl. I S. 409), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

Die Anlagen IV bis VII, VIII und IX werden durch die Anlagen 1 bis 3i, 4 und 5 dieses Gesetzes ersetzt.

Artikel 2**Anpassung von Bezügen****§ 1****Fortgeltende landesrechtliche Vorschriften**

(1) Um 3 vom Hundert werden erhöht die

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)

- a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
- b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
- c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,

2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkungen Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,

- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,

3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht. Dies gilt auch

für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 2**Versorgungsbezüge**

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 1 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes um den in § 1 Abs. 1 genannten Vornhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zu-

grunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(6) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Zulage nach den Nummern 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 oder 27 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B oder nach Nummer 2b der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung C oder nach Nummer 1a der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung R des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Zulagen in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes.

(7) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 2,9 vom Hundert ab 1. Mai 1993 erhöht. Entsprechendes gilt für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

(8) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um den Betrag von 77,11 Deutsche Mark, wenn ihren Versorgungsbezügen die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b zu den Besoldungsordnungen A und B nicht zugrunde liegt.

Artikel 3

Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte

§ 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 528), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I ...), wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird
 - der Betrag „14,69 Deutsche Mark“ durch den Betrag „15,15 Deutsche Mark“,
 - der Betrag „17,06 Deutsche Mark“ durch den Betrag „17,60 Deutsche Mark“,
 - der Betrag „22,77 Deutsche Mark“ durch den Betrag „23,50 Deutsche Mark“ und
 - der Betrag „30,82 Deutsche Mark“ durch den Betrag „31,75 Deutsche Mark“
 ersetzt.

2. In Absatz 3 werden
 - der Betrag „23,55 Deutsche Mark“ durch den Betrag „24,30 Deutsche Mark“,
 - der Betrag „29,20 Deutsche Mark“ durch den Betrag „30,10 Deutsche Mark“,
 - der Betrag „34,70 Deutsche Mark“ durch den Betrag „35,75 Deutsche Mark“ und
 - die Beträge „40,50 Deutsche Mark“
 jeweils durch den Betrag „41,75 Deutsche Mark“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung der Erschwerniszulagenverordnung

Die Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 519), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I ...), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 Nr. 1 wird der Betrag „4,25 Deutsche Mark“ durch den Betrag „4,40 Deutsche Mark“ ersetzt.
2. In § 19a wird der Betrag „2,03 Deutsche Mark“ durch den Betrag „2,09 Deutsche Mark“ ersetzt.

Artikel 5

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

Neufassungen

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes und den Wortlaut der in diesem Gesetz geänderten Verordnungen in der Fassung, die am ersten Tage des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats gilt, im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

§ 2

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikeln 3 und 4 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

§ 3

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1993 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 1 mit Wirkung vom 1. Januar 1993 in Kraft, soweit in Satz 2 der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes, die durch die Anlage 2 dieses Gesetzes ersetzt wird, die kinderbezogenen Erhöhungsbeträge geregelt werden.

Anlage 1 (Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	1 436,70	1 486,42	1 536,14	1 585,86	1 635,58	1 685,30	1 735,02
A 2		1 560,69	1 610,04	1 659,39	1 708,74	1 758,09	1 807,44	1 856,79
A 3		1 660,14	1 712,64	1 765,14	1 817,64	1 870,14	1 922,64	1 975,14
A 4		1 716,52	1 778,33	1 840,14	1 901,95	1 963,76	2 025,57	2 087,38
A 5		1 737,06	1 802,40	1 867,74	1 933,08	1 998,42	2 063,76	2 129,10
A 6		1 797,65	1 867,66	1 937,67	2 007,68	2 077,69	2 147,70	2 217,71
A 7		1 912,77	1 983,56	2 054,35	2 125,14	2 195,93	2 266,72	2 337,51
A 8		1 999,44	2 084,11	2 168,78	2 253,45	2 338,12	2 422,79	2 507,46
A 9	I c	2 147,95	2 227,88	2 311,18	2 395,13	2 480,64	2 573,82	2 667,00
A 10		2 351,99	2 467,77	2 583,55	2 699,33	2 815,11	2 930,89	3 046,67
A 11		2 740,16	2 858,79	2 977,42	3 096,05	3 214,68	3 333,31	3 451,94
A 12		2 984,64	3 126,08	3 267,52	3 408,96	3 550,40	3 691,84	3 833,28
A 13	I b	3 381,45	3 534,18	3 686,91	3 839,64	3 992,37	4 145,10	4 297,83
A 14		3 480,62	3 678,67	3 876,72	4 074,77	4 272,82	4 470,87	4 668,92
A 15		3 924,31	4 142,06	4 359,81	4 577,56	4 795,31	5 013,06	5 230,81
A 16		4 361,72	4 613,56	4 865,40	5 117,24	5 369,08	5 620,92	5 872,76

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	6 972,81
B 2		8 269,81
B 3		8 652,11
B 4		9 227,19
B 5	I a	9 886,94
B 6		10 509,99
B 7		11 116,03
B 8		11 747,73
B 9		12 532,06
B 10		14 967,64
B 11		16 341,24

Dienstaltersstufe							
8	9	10	11	12	13	14	15
1 784,74							
1 906,14							
2 027,64							
2 149,19							
2 194,44	2 259,78						
2 287,72	2 357,73	2 427,74					
2 408,30	2 479,09	2 549,88	2 620,67	2 691,46			
2 592,13	2 676,80	2 761,47	2 846,14	2 930,81	3 015,48		
2 760,18	2 853,36	2 946,54	3 039,72	3 132,90	3 226,08		
3 162,45	3 278,23	3 394,01	3 509,79	3 625,57	3 741,35		
3 570,57	3 689,20	3 807,83	3 926,46	4 045,09	4 163,72	4 282,35	
3 974,72	4 116,16	4 257,60	4 399,04	4 540,48	4 681,92	4 823,36	
4 450,56	4 603,29	4 756,02	4 908,75	5 061,48	5 214,21	5 366,94	
4 866,97	5 065,02	5 263,07	5 461,12	5 659,17	5 857,22	6 055,27	
5 448,56	5 666,31	5 884,06	6 101,81	6 319,56	6 537,31	6 755,06	6 972,81
6 124,60	6 376,44	6 628,28	6 880,12	7 131,96	7 383,80	7 635,64	7 887,48

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	I b	3 381,45	3 534,18	3 686,91	3 839,64	3 992,37	4 145,10	4 297,83
C 2		3 390,91	3 634,31	3 877,71	4 121,11	4 364,51	4 607,91	4 851,31
C 3		3 832,04	4 107,63	4 383,22	4 658,81	4 934,40	5 209,99	5 485,58
C 4	I a	4 962,77	5 239,80	5 516,83	5 793,86	6 070,89	6 347,92	6 624,95

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	I b	4 380,80	4 691,90	5 003,00	5 314,10	5 625,20	5 936,30	6 247,40	6 558,50	6 869,60	7 180,70
R 2		5 125,48	5 436,58	5 747,68	6 058,78	6 369,88	6 680,98	6 992,08	7 303,18	7 614,28	7 925,38
R 3	I a	8 652,11									
R 4		9 227,19									
R 5		9 886,94									
R 6		10 509,99									
R 7		11 116,03									
R 8		11 747,73									
R 9		12 532,06									
R 10		15 661,97									

Dienstaltersstufe							
8	9	10	11	12	13	14	15
4 450,56	4 603,29	4 756,02	4 908,75	5 061,48	5 214,21	5 366,94	
5 094,71	5 338,11	5 581,51	5 824,91	6 068,31	6 311,71	6 555,11	6 798,51
5 761,17	6 036,76	6 312,35	6 587,94	6 863,53	7 139,12	7 414,71	7 690,30
6 901,98	7 179,01	7 456,04	7 733,07	8 010,10	8 287,13	8 564,16	8 841,19

Anlage 2 (Anlage V des BBesG)

Satz 2 unterhalb der Ortszuschlagstabelle
gültig ab 1. Januar 1993**Ortszuschlag**
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	1 066,03	1 236,09	1 381,60
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	899,29	1 069,34	1 214,85
I c	A 9 bis A 12	799,21	969,27	1 114,78
II	A 1 bis A 8	752,87	914,81	1 060,32

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 145,51 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag der Stufe 3 für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 10 DM, ab Stufe 4 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 50 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 40 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 30 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 639,37 DM
Tarifklasse II 602,30 DM

Anlage 3a (Anlage VIa des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 453	1 717	1 981	2 245	2 509	2 773	3 037	3 301	3 565	3 829	4 093	4 357
A 9	1 709	1 993	2 277	2 561	2 845	3 129	3 413	3 697	3 981	4 265	4 549	4 833
A 10	1 933	2 228	2 523	2 818	3 113	3 408	3 703	3 998	4 293	4 588	4 883	5 178
A 11	2 109	2 418	2 727	3 036	3 345	3 654	3 963	4 272	4 581	4 890	5 199	5 508
A 12	2 347	2 674	3 001	3 328	3 655	3 982	4 309	4 636	4 963	5 290	5 617	5 944
A 13	2 581	2 921	3 261	3 601	3 941	4 281	4 621	4 961	5 301	5 641	5 981	6 321
A 14	2 820	3 172	3 524	3 876	4 228	4 580	4 932	5 284	5 636	5 988	6 340	6 692
A 15	3 149	3 530	3 911	4 292	4 673	5 054	5 435	5 816	6 197	6 578	6 959	7 340
A 16 bis B 2 . . .	3 337	3 738	4 139	4 540	4 941	5 342	5 743	6 144	6 545	6 946	7 347	7 748
B 3 und B 4 . . .	3 337	3 758	4 179	4 600	5 021	5 442	5 863	6 284	6 705	7 126	7 547	7 968
B 5 bis B 7	3 685	4 151	4 617	5 083	5 549	6 015	6 481	6 947	7 413	7 879	8 345	8 811
B 8 und höher .	3 957	4 485	5 013	5 541	6 069	6 597	7 125	7 653	8 181	8 709	9 237	9 765

Anlage 3b (Anlage VIb des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 235	1 459	1 683	1 907	2 131	2 355	2 579	2 803	3 027	3 251	3 475	3 699
A 9	1 453	1 694	1 935	2 176	2 417	2 658	2 899	3 140	3 381	3 622	3 863	4 104
A 10	1 643	1 894	2 145	2 396	2 647	2 898	3 149	3 400	3 651	3 902	4 153	4 404
A 11	1 793	2 056	2 319	2 582	2 845	3 108	3 371	3 634	3 897	4 160	4 423	4 686
A 12	1 995	2 273	2 551	2 829	3 107	3 385	3 663	3 941	4 219	4 497	4 775	5 053
A 13	2 194	2 483	2 772	3 061	3 350	3 639	3 928	4 217	4 506	4 795	5 084	5 373
A 14	2 397	2 696	2 995	3 294	3 593	3 892	4 191	4 490	4 789	5 088	5 387	5 686
A 15	2 677	3 001	3 325	3 649	3 973	4 297	4 621	4 945	5 269	5 593	5 917	6 241
A 16 bis B 2 . . .	2 836	3 177	3 518	3 859	4 200	4 541	4 882	5 223	5 564	5 905	6 246	6 587
B 3 und B 4 . . .	2 836	3 194	3 552	3 910	4 268	4 626	4 984	5 342	5 700	6 058	6 416	6 774
B 5 bis B 7	3 132	3 528	3 924	4 320	4 716	5 112	5 508	5 904	6 300	6 696	7 092	7 488
B 8 und höher .	3 363	3 812	4 261	4 710	5 159	5 608	6 057	6 506	6 955	7 404	7 853	8 302

Anlage 3 c (Anlage VI c des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 017	1 202	1 387	1 572	1 757	1 942	2 127	2 312	2 497	2 682	2 867	3 052
A 9	1 196	1 395	1 594	1 793	1 992	2 191	2 390	2 589	2 788	2 987	3 186	3 385
A 10	1 353	1 560	1 767	1 974	2 181	2 388	2 595	2 802	3 009	3 216	3 423	3 630
A 11	1 476	1 692	1 908	2 124	2 340	2 556	2 772	2 988	3 204	3 420	3 636	3 852
A 12	1 643	1 872	2 101	2 330	2 559	2 788	3 017	3 246	3 475	3 704	3 933	4 162
A 13	1 807	2 045	2 283	2 521	2 759	2 997	3 235	3 473	3 711	3 949	4 187	4 425
A 14	1 974	2 220	2 466	2 712	2 958	3 204	3 450	3 696	3 942	4 188	4 434	4 680
A 15	2 204	2 471	2 738	3 005	3 272	3 539	3 806	4 073	4 340	4 607	4 874	5 141
A 16 bis B 2 . . .	2 336	2 617	2 898	3 179	3 460	3 741	4 022	4 303	4 584	4 865	5 146	5 427
B 3 und B 4 . . .	2 336	2 631	2 926	3 221	3 516	3 811	4 106	4 401	4 696	4 991	5 286	5 581
B 5 bis B 7	2 579	2 905	3 231	3 557	3 883	4 209	4 535	4 861	5 187	5 513	5 839	6 165
B 8 und höher .	2 770	3 140	3 510	3 880	4 250	4 620	4 990	5 360	5 730	6 100	6 470	6 840

Anlage 3 d (Anlage VI d des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
— Unterkunft und Verpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	712	841	970	1 099	1 228	1 357	1 486	1 615	1 744	1 873	2 002	2 131
A 9	837	976	1 115	1 254	1 393	1 532	1 671	1 810	1 949	2 088	2 227	2 366
A 10	947	1 092	1 237	1 382	1 527	1 672	1 817	1 962	2 107	2 252	2 397	2 542
A 11	1 033	1 184	1 335	1 486	1 637	1 788	1 939	2 090	2 241	2 392	2 543	2 694
A 12	1 150	1 310	1 470	1 630	1 790	1 950	2 110	2 270	2 430	2 590	2 750	2 910
A 13	1 265	1 432	1 599	1 766	1 933	2 100	2 267	2 434	2 601	2 768	2 935	3 102
A 14	1 382	1 554	1 726	1 898	2 070	2 242	2 414	2 586	2 758	2 930	3 102	3 274
A 15	1 543	1 730	1 917	2 104	2 291	2 478	2 665	2 852	3 039	3 226	3 413	3 600
A 16 bis B 2 . . .	1 635	1 832	2 029	2 226	2 423	2 620	2 817	3 014	3 211	3 408	3 605	3 802
B 3 und B 4 . . .	1 635	1 842	2 049	2 256	2 463	2 670	2 877	3 084	3 291	3 498	3 705	3 912
B 5 bis B 7	1 805	2 033	2 261	2 489	2 717	2 945	3 173	3 401	3 629	3 857	4 085	4 313
B 8 und höher .	1 939	2 198	2 457	2 716	2 975	3 234	3 493	3 752	4 011	4 270	4 529	4 788

Anlage 3e (Anlage VIe des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
 — Unterkunft oder Verpflegung —
 (Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	864	1 021	1 178	1 335	1 492	1 649	1 806	1 963	2 120	2 277	2 434	2 591
A 9	1 017	1 186	1 355	1 524	1 693	1 862	2 031	2 200	2 369	2 538	2 707	2 876
A 10	1 150	1 326	1 502	1 678	1 854	2 030	2 206	2 382	2 558	2 734	2 910	3 086
A 11	1 255	1 439	1 623	1 807	1 991	2 175	2 359	2 543	2 727	2 911	3 095	3 279
A 12	1 397	1 592	1 787	1 982	2 177	2 372	2 567	2 762	2 957	3 152	3 347	3 542
A 13	1 536	1 738	1 940	2 142	2 344	2 546	2 748	2 950	3 152	3 354	3 556	3 758
A 14	1 678	1 887	2 096	2 305	2 514	2 723	2 932	3 141	3 350	3 559	3 768	3 977
A 15	1 873	2 100	2 327	2 554	2 781	3 008	3 235	3 462	3 689	3 916	4 143	4 370
A 16 bis B 2 . .	1 986	2 225	2 464	2 703	2 942	3 181	3 420	3 659	3 898	4 137	4 376	4 615
B 3 und B 4 . .	1 986	2 237	2 488	2 739	2 990	3 241	3 492	3 743	3 994	4 245	4 496	4 747
B 5 bis B 7 . . .	2 192	2 469	2 746	3 023	3 300	3 577	3 854	4 131	4 408	4 685	4 962	5 239
B 8 und höher .	2 355	2 669	2 983	3 297	3 611	3 925	4 239	4 553	4 867	5 181	5 495	5 809

Anlage 3f (Anlage VI f des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
 (Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 612	1 884	2 156	2 428	2 700	2 972	3 244	3 516	3 788	4 060	4 332	4 604
A 9	1 887	2 179	2 471	2 763	3 055	3 347	3 639	3 931	4 223	4 515	4 807	5 099
A 10	2 134	2 437	2 740	3 043	3 346	3 649	3 952	4 255	4 558	4 861	5 164	5 467
A 11	2 331	2 650	2 969	3 288	3 607	3 926	4 245	4 564	4 883	5 202	5 521	5 840
A 12	2 592	2 928	3 264	3 600	3 936	4 272	4 608	4 944	5 280	5 616	5 952	6 288
A 13	2 851	3 202	3 553	3 904	4 255	4 606	4 957	5 308	5 659	6 010	6 361	6 712
A 14	3 113	3 476	3 839	4 202	4 565	4 928	5 291	5 654	6 017	6 380	6 743	7 106
A 15	3 480	3 874	4 268	4 662	5 056	5 450	5 844	6 238	6 632	7 026	7 420	7 814
A 16 bis B 2 . .	3 700	4 114	4 528	4 942	5 356	5 770	6 184	6 598	7 012	7 426	7 840	8 254
B 3 und B 4 . .	3 710	4 146	4 582	5 018	5 454	5 890	6 326	6 762	7 198	7 634	8 070	8 506
B 5 bis B 7 . . .	4 136	4 616	5 096	5 576	6 056	6 536	7 016	7 496	7 976	8 456	8 936	
B 8 und höher .	4 472	5 015	5 558	6 101	6 644	7 187	7 730	8 273	8 816	9 359		

Anlage 3g (Anlage VIg des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 382	1 613	1 844	2 075	2 306	2 537	2 768	2 999	3 230	3 461	3 692	3 923
A 9	1 617	1 865	2 113	2 361	2 609	2 857	3 105	3 353	3 601	3 849	4 097	4 345
A 10	1 830	2 088	2 346	2 604	2 862	3 120	3 378	3 636	3 894	4 152	4 410	4 668
A 11	2 000	2 271	2 542	2 813	3 084	3 355	3 626	3 897	4 168	4 439	4 710	4 981
A 12	2 225	2 510	2 795	3 080	3 365	3 650	3 935	4 220	4 505	4 790	5 075	5 360
A 13	2 449	2 747	3 045	3 343	3 641	3 939	4 237	4 535	4 833	5 131	5 429	5 727
A 14	2 672	2 980	3 288	3 596	3 904	4 212	4 520	4 828	5 136	5 444	5 752	6 060
A 15	2 988	3 322	3 656	3 990	4 324	4 658	4 992	5 326	5 660	5 994	6 328	6 662
A 16 bis B 2 . . .	3 178	3 529	3 880	4 231	4 582	4 933	5 284	5 635	5 986	6 337	6 688	7 039
B 3 und B 4 . . .	3 193	3 563	3 933	4 303	4 673	5 043	5 413	5 783	6 153	6 523	6 893	7 263
B 5 bis B 7	3 562	3 970	4 378	4 786	5 194	5 602	6 010	6 418	6 826	7 234	7 642	
B 8 und höher . .	3 856	4 318	4 780	5 242	5 704	6 166	6 628	7 090	7 552	8 014		

Anlage 3h (Anlage VIh des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 159	1 349	1 539	1 729	1 919	2 109	2 299	2 489	2 679	2 869	3 059	3 249
A 9	1 353	1 558	1 763	1 968	2 173	2 378	2 583	2 788	2 993	3 198	3 403	3 608
A 10	1 531	1 742	1 953	2 164	2 375	2 586	2 797	3 008	3 219	3 430	3 641	3 852
A 11	1 675	1 899	2 123	2 347	2 571	2 795	3 019	3 243	3 467	3 691	3 915	4 139
A 12	1 861	2 097	2 333	2 569	2 805	3 041	3 277	3 513	3 749	3 985	4 221	4 457
A 13	2 049	2 293	2 537	2 781	3 025	3 269	3 513	3 757	4 001	4 245	4 489	4 733
A 14	2 238	2 491	2 744	2 997	3 250	3 503	3 756	4 009	4 262	4 515	4 768	5 021
A 15	2 502	2 778	3 054	3 330	3 606	3 882	4 158	4 434	4 710	4 986	5 262	5 538
A 16 bis B 2 . . .	2 663	2 953	3 243	3 533	3 823	4 113	4 403	4 693	4 983	5 273	5 563	5 853
B 3 und B 4 . . .	2 678	2 983	3 288	3 593	3 898	4 203	4 508	4 813	5 118	5 423	5 728	6 033
B 5 bis B 7	2 993	3 328	3 663	3 998	4 333	4 668	5 003	5 338	5 673	6 008	6 343	
B 8 und höher . .	3 245	3 627	4 009	4 391	4 773	5 155	5 537	5 919	6 301	6 683		

Anlage 3i (Anlage VII des BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1

Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16													
B 1 bis B 11	211	242	273	304	335	366	397	428	459	490	521	552	211

Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.

Anlage 4 (Anlage VIII des BBesG)

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag**

(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	1 242	1 362	324	108
A 5 bis A 8	1 432	1 592	375	108
A 9 bis A 11	1 516	1 699	433	108
A 12	1 736	1 932	457	108
A 13	1 786	1 992	473	108
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundes- besoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 838	2 058	488	108

Anlage 5 (Anlage IX des BBesG)

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz	
§ 44	bis zu 200,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00
§ 78	bis zu 150,00
§ 80a Abs. 1, 2	
Die Zulage beträgt für die Beamten des einfachen Dienstes	120,00
des mittleren Dienstes	180,00
des gehobenen Dienstes	300,00
des höheren Dienstes	430,00
Absatz 3 Buchstabe a Nummer 1	500,00
Nummer 2	170,00
Buchstabe b Nummer 1	200,00
Nummer 2	120,00
Bundesbesoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00
Nummer 4	100,00
Nummer 4a	150,00
Nummer 5	
Die Zulage beträgt für Mannschaften, Unteroffiziere/ Beamte der Besoldungsgruppen A5 und A6	70,00
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A7 bis A9	100,00
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	150,00
Nummer 5a	
Absatz 1 Buchstabe a	180,00
Buchstabe b	300,00
Buchstabe c	430,00
Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe a	270,00
Buchstabe b	200,00
Nr. 2 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	80,00
Nr. 3	130,00
Nr. 4 und 5	120,00
Nr. 6 Buchstabe a	270,00
Buchstabe b	200,00
Nr. 7 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	80,00
Nr. 8 Buchstabe a	250,00
Buchstabe b	130,00
Nr. 9	120,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	900,00
Buchstabe b	720,00
Buchstabe c	576,00
Nummer 6a	200,00

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 7	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
A 1 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, B 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4	B 3
B 5 bis B 7	B 6
B 8 bis B 10	B 9
B 11	B 11
Nummer 8 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	230,16
A 6 bis A 9	316,47
A 10 bis A 13	402,78
A 14 und höher	489,08
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	172,62
des gehobenen Dienstes	230,16
des höheren Dienstes	287,69
Nummer 8a	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	126,59
A 6 bis A 9	172,62
A 10 bis A 13	212,90
A 14 und höher	253,18
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	92,07
des gehobenen Dienstes	120,84
des höheren Dienstes	149,61
Nummer 8b	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	207,15
A 6 bis A 9	264,68
A 10 bis A 13	345,24
A 14 und höher	425,79
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	155,36
des gehobenen Dienstes	207,15
des höheren Dienstes	258,93
Nummer 8c	
Die Zulage beträgt für die Beamten des einfachen Dienstes	100,00
des mittleren Dienstes	150,00
des gehobenen Dienstes	220,00
des höheren Dienstes	300,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 8d	
Die Zulage beträgt für die Beamten des einfachen Dienstes	150,00
des mittleren Dienstes	200,00
des gehobenen Dienstes	220,00
des höheren Dienstes	250,00
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr	115,09
von zwei Jahren	230,16
Nummer 9a	
Absatz 1 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	400,00
Buchstabe c	300,00
Absatz 2 Buchstabe a	80,00
Buchstabe b	100,00
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr	115,09
von zwei Jahren	230,16
Nummer 11	$\frac{1}{12}$ des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)
Nummer 12	172,62
Nummer 13a	bis zu 150,00
Nummer 19 Satz 1	341,85
Nummer 21	286,78
Nummer 23 Absatz 1	20,00
Absatz 2	45,00
Nummer 24	
Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes/für Unteroffiziere	20,00
des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12	45,00
Nummer 25	75,00
Nummer 26 Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes	33,34
des gehobenen Dienstes	75,00
Nummer 27	
Absatz 1 Buchstabe a	69,06
Buchstabe b Doppelbuchstabe aa	95,53
Doppelbuchstabe bb	172,62
Buchstabe c	184,13
Buchstabe d	184,13
Buchstabe e	69,06

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
Absatz 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb	77,11
Buchstaben c und d	115,09
Nummer 30	45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote
A2	1 49,44
	2 34,67
	3 91,16
	6 46,04
A3	1, 5 91,16
	2 49,44
A4	1, 4 91,16
	2 49,44
A5	3 49,44
	4, 6 91,16
A6	6 49,44
A7	2 61,37
	5 50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grund- gehalt der Besoldungsgruppe A8
A8	2 79,10
A9	2, 3, 6 368,02
	7 15 v. H. des Anfangs- grundgehalts der Besoldungsgruppe A9
A12	7, 8 213,74
A13	6 170,95
	7 256,41
	11, 12, 13 374,01
A14	5 256,41
A15	7 256,41
B10	1, 2 592,54
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b Buchstabe a	184,13
Buchstabe b	69,06
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe C 1	A 13
für Beamte der Besoldungsgruppe C 2	A 15
für Beamte der Besoldungsgruppen C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	402,00
der Besoldungsgruppe R 2	450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote
C 2	1 204,04

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutsche Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 1 a	69,06
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besol- dungsgruppe(n)	
R 1	R 1
R 2 bis R 4	R 3
R 5 bis R 7	R 6
R 8 bis R 10	R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	A 15
R 2 bis R 4	B 3
R 5 bis R 7	B 6
R 8 bis R 10	B 9
Nummer 4	75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote
R 1	1, 2 283,51
R 2	3 bis 8, 10 283,51
R 3	3 283,51
R 8	2 566,91

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Begründung**I. Allgemeines**

Im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) sieht der Gesetzentwurf eine Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge ab 1. Mai 1993 vor; der Geltungsbereich erstreckt sich auf Bund und Länder.

Ausgehend vom Tarifiergebnis für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes vom 4. Februar 1993 werden die Bezüge der Besoldungs- und Versorgungsempfänger mit dem gleichen Vomhundertsatz (3 v. H.) angehoben. Die Erhöhungen sollen vier Monate später als der Tarifabschluß in Kraft treten; im Jahresdurchschnitt 1993 werden die Bezüge somit um 2,08 v. H. angehoben.

Die Anpassung umfaßt auch eine Erhöhung des Ortszuschlages in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 für jedes zu berücksichtigende Kind um je 10 DM. Diese Regelung tritt am 1. Januar 1993 entsprechend dem Tarifiergebnis in Kraft.

Das Hinausschieben der linearen Erhöhung um vier Monate auf den 1. Mai 1993 hat Minderausgaben von nahezu 1 v. H. der Besoldungs- und Versorgungsanpassung zur Folge.

Damit leisten Beamte, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger einen spürbaren besonderen Beitrag zum Ausgleich der Kostenbelastungen, die nach der Einigung Deutschlands durch den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern entstehen.

In den öffentlichen Haushalten werden durch die Verschiebung der Besoldungsanpassung erhebliche Mittel für wichtige und notwendige Aufbauleistungen freigestellt; es werden Einsparungen von insgesamt rund 1,57 Mrd. DM erzielt, im Bundeshaushalt von 280 Mio. DM. Dieser besondere Einsparungsbeitrag der Beamten, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger wird künftig zu berücksichtigen sein. Eine Arbeitsmarktabgabe ist nicht vorgesehen.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates (Artikel 74a Abs. 2 GG).

II. Zu den einzelnen Vorschriften**Zu Artikel 1**

Die Grundgehaltssätze und die Sätze des Ortszuschlags (Anlagen IV und V des Bundesbesoldungsgesetzes) sowie die Amtszulagen der Beamten, Richter und Soldaten werden ab 1. Mai 1993 um 3 v. H. angehoben. Wie in den vergangenen Jahren sind in die Linearanpassung auch die allgemeine Stellenzulage (Vorbem. Nr. 27 zu den BBesO A und B, Nr. 2b zur BBesO C sowie Nr. 1a zur BBesO R), die Sicherheits-

zulagen (Vorbem. Nr. 8, 8a und 8b), die Polizeizulage (Vorbem. Nr. 9), die Feuerwehrzulage (Vorbem. Nr. 10) und die Zulage für Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen und psychiatrischen Krankenanstalten (Vorbem. Nr. 12) einbezogen.

Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze und die neuen Ortszuschläge ergeben sich aus den Anlagen 1 und 2 des Gesetzentwurfs. Entsprechend dem Tarifabschluß vom 4. Februar 1993 wird der Ortszuschlag in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 für jedes zu berücksichtigende Kind um jeweils 10 DM (Satz 2 unterhalb der Ortszuschlags-Tabelle in Anlage 2) angehoben; die Regelung tritt entsprechend dem Tarifiergebnis mit Wirkung vom 1. Januar 1993 in Kraft.

Die neuen Sätze der Amtszulagen sind aus der Anlage 5 des Gesetzentwurfs ersichtlich; die Sätze der übrigen Zulagen in Anlage 5 — ausgenommen die Zulagen nach den Vorbemerkungen Nr. 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 und 27 zu den BBesO A und B, Nr. 2b zur BBesO C sowie Nr. 1a zur BBesO R — werden nicht angepaßt.

Die Auslandszuschläge (Anlagen 3a bis 3h des Gesetzentwurfs) und der Auslandskinderschlag (Anlage 3i des Gesetzentwurfs) werden unter Berücksichtigung der auch in den vergangenen Jahren angewendeten Minderungssätze ebenfalls erhöht.

Die Anwärterbezüge werden einheitlich um 3 v. H. mit Wirkung vom 1. Mai 1993 angehoben (Anlage 4 des Gesetzentwurfs).

Zu Artikel 2 (Anpassung von Bezügen)**Zu § 1 (Fortgeltende landesrechtliche Vorschriften)**

Bei den in Absatz 1 genannten Besoldungsbestandteilen und bei weiteren fortgeltenden landesrechtlichen Vorschriften (Absatz 2) bedarf es einer Erstreckung der Anpassung auf diese Regelungen, wie sie den Anlagen 1 und 5 des Gesetzentwurfs zugrunde liegt. Mit erfaßt sind Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich. In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Rundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt.

Zu § 2 (Versorgungsbezüge)

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in den §§ 1 und 2 des Gesetzentwurfs. Die unter Absatz 7 fallenden Versorgungsbezüge werden um den durchschnittlichen Vomhundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge angehoben.

Zu Artikel 3 (Mehrarbeitsvergütung)

Nachvollzug der Tarifänderungen für die vergleichbaren Besoldungsleistungen.

Zu Artikel 4 (Erschwerniszulagen)

Nachvollzug der Tarifänderungen für die vergleichbaren Besoldungsleistungen.

Zu Artikel 5 (Übergangs- und Schlußvorschriften)**Zu § 1**

Ermächtigung zur Neubekanntmachung des Bundesbesoldungsgesetzes und der in diesem Gesetz geänderten Verordnungen.

Zu § 2

Die Vorschrift ermöglicht die Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang.

Zu § 3

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.

III. Stellungnahme der Gewerkschaften

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Richterbund e. V., Bund Deutscher Verwaltungsrichter, Christlicher Gewerkschaftsbund und Deutscher Bundeswehrverband e. V.) haben sich übereinstimmend gegen die zeitliche Verschiebung der Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge gewandt. Sie sehen hierin ein erneutes Sonderopfer der Beamten, das sie ablehnen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert statt dessen die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe.

Die Forderung nach einer weiteren Anhebung der Sätze der Mehrarbeitsvergütung blieb ebenso wie das Begehren nach weiteren strukturellen Verbesserungen unberücksichtigt.

Das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 1993 soll frei von strukturellen Änderungen bleiben. Die Bundesregierung folgt damit zugleich der Forderung des Bundesrates, Gesetze über die lineare Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge von strukturellen Änderungen freizuhalten.

IV. Kosten

Der Gesetzentwurf führt zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte (einschließlich neue Bundesländer):

1. Bundeshaushalt Mio. DM**1.1 Obergruppe 42**

Besoldungsanpassung ab 1. Mai 1993 425,2
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung) (610,8)

1.2 Obergruppe 43

Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993 211,2
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung) (305,0)

1.3 Minderausgaben

Durch Hinausschiebung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung um vier Monate auf den 1. Mai 1993 ergibt sich eine Einsparung von 279,4 Mio. DM.

2. Auswirkungen auf andere öffentliche Haushalte (zum Teil geschätzt)

	Besoldung	Versorgung
	Mio. DM	
2.1 Deutsche Bundesbahn		
Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	142,1	137,4
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(203,6)	(198,4)
2.2 Deutsche Bundespost		
Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	322,2	103,3
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(457,0)	(149,1)
2.3 Länder und Stadtstaaten		
Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	1 498,6	428,0
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(2 156,2)	(618,0)
2.4 Gemeinden und Gemeindeverbände (Gebietskörperschaften)		
Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	208,3	90,6
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(295,9)	(130,8)
2.5 Sonstige (Sozialversicherungsträger usw. im Bundes- und Länderbereich)		
Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	37,5	10,4
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(53,2)	(14,8)

3. Gesamtkosten des Gesetzentwurfs	Mio. DM	Durch die viermonatige Verschiebung des Inkrafttretens der Besoldungs- und Versorgungsanpassung ergeben sich Minderausgaben in allen öffentlichen Haushalten von rund 1,57 Mrd. DM.
Besoldungsanpassung ab 1. Mai 1993 (Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	2 633,9 (3 776,7)	Die vorgesehenen Einkommensverbesserungen dürften nicht geeignet sein, wesentliche zusätzliche Nachfrage auszulösen, so daß Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten sind.
Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993 (Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	980,9 (1 416,1)	
insgesamt	3 614,8	Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(5 192,8)	

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

1. Zu Artikel 3

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren die Mehrarbeitsvergütung über die vorgesehene lineare Anpassung von 3 v. H. hinaus überproportional so weit zu erhöhen, daß der Unterschiedsbetrag in den einzelnen Gruppen zur Überstundenvergütung vergleichbarer Angestellter — gemindert um den Zeitzuschlag — in einem zweiten Schritt vollständig abgebaut wird.

Begründung

Die Anpassung der Mehrarbeitsvergütung der Beamten an die Überstundenvergütung nach dem Bundesangestelltentarifvertrag entspricht den Beschlüssen der Innenministerkonferenz vom 3. Mai 1991 und der Finanzministerkonferenz vom 27. Februar 1992. Die nunmehr vorgeschlagene Anpassung an die Überstundenvergütung für Angestellte ohne Zeitzuschlag entspricht der Empfehlung der Finanzministerkonferenz.

Der Gesetzentwurf sieht jedoch nur eine lineare Anpassung von 3 v. H. vor. Das ist nicht ausreichend.

2. Zu Artikel 4 a — neu —

Nach Artikel 4 ist folgender Artikel 4 a einzufügen:

„Artikel 4 a
Übergangsvorschrift
für Rationalisierungsmaßnahmen

In Verwaltungsbereichen, in denen bei einer Verminderung der Planstellen infolge von Rationalisierungsmaßnahmen die sich nach sachgerechter Bewertung der verbleibenden Funktionen ergebende zulässige Ausweisung von Beförderungsberechtigten überschritten wird, kann die Umwandlung der überzähligen Beförderungsberechtigten für einen Zeitraum von längstens drei Jahren ausgesetzt werden, soweit dies aus personalwirtschaftlichen Gründen erforderlich ist.“

Begründung

Bemühungen um Rationalisierung im Bereich der öffentlichen Verwaltung gewinnen in der gegenwärtigen kritischen Situation der öffentlichen Finanzen zunehmende Bedeutung. Die Akzeptanz von Umorganisationen und Sparmaßnahmen im personellen Bereich ist jedoch bei den Bediensteten in der Regel dadurch eingeschränkt, daß Stellenstreichungen und die dadurch aufgrund des § 26 BBesG notwendig werdenden Rückschlüsselungen bei den Beförderungsberechtigten häufig die Beför-

derungsaussichten der vorhandenen Beamten nicht unwesentlich verschlechtern.

Um diese Nachteile abzuschwächen und damit dem vielfach — auch aus dem Kommunalbereich — erhobenen Vorwurf zu begegnen, daß die Stellenobergrenzen Rationalisierungsbemühungen erschweren, sieht der Änderungsvorschlag die gesetzliche Möglichkeit vor, den notwendig werdenden Abbau von Beförderungsberechtigten ausnahmsweise nicht sofort, sondern innerhalb einer Übergangsfrist von drei Jahren vorzunehmen. Durch die Formulierung ist sichergestellt, daß die Regelung nicht als allgemeine Ausnahme bei Umorganisationen mißverstanden werden kann. Mit der Befristung der Ausnahme bleibt der Charakter der geltenden Stellenobergrenzen als vereinheitlichende und maßstabbildende Regelung gewahrt.

Eine dauernde Veränderung der Wertigkeit von Funktionen infolge von Rationalisierungsmaßnahmen muß im Wege einer Anpassung der verschiedenen Rechtsvorschriften über Stellenobergrenzen berücksichtigt werden. Auf die Verbesserungen durch gesetzliche Neuregelungen der vergangenen Jahre wird insoweit Bezug genommen.

3. Zu Artikel 4 b — neu —

Nach Artikel 4 a — neu — ist folgender Artikel 4 b — neu — einzufügen:

„Artikel 4 b
Übergangsvorschrift für in das Beitrittsgebiet
entsandte Beamte

Für Beamte, die mindestens zwei Jahre in das Beitrittsgebiet zur Aufbauhilfe entsandt waren, können bis zum 31. Dezember 1998 die für den höheren Dienst in § 26 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes bestimmten Stellenobergrenzen in den Besoldungsgruppen A 15, A 16 und B 2 zusammen um 5 Prozentpunkte und in den Besoldungsgruppen A 16 und B 2 zusammen um 2 Prozentpunkte überschritten werden.“

Begründung

Die für längere Zeit in das Beitrittsgebiet zur Aufbauhilfe entsandten Beamten werden für die Dauer der Tätigkeit z. T. auf besonderen Stellen geführt. Ihre Wiedereingliederung in den allgemeinen Stellenbestand nach Rückkehr bereitet Schwierigkeiten. Insbesondere darf dies nicht zur Benachteiligung der Beamten führen, die bei ihrer Dienststelle verblieben sind und durch die Abwesenheit der entsandten Beamten im erheblichen

Umfang belastet waren. Im Bereich des gehobenen Dienstes können die Schwierigkeiten aufgrund der durch das Besoldungsanpassungsgesetz 1991 verbesserten Stellenobergrenzen gelöst werden. Im Führungsbereich des höheren Dienstes ergeben sich hingegen in den Besoldungsgruppen A 15 und A 16 aufgrund des geringen Personalbestandes

erhebliche Engpässe. Abhilfe soll hier dadurch geschaffen werden, daß eine geringfügige Überschreitung der Stellenobergrenzen in den Besoldungsgruppen A 15 und A 16 zugelassen wird. Die Regelung ist zeitlich befristet und auf Beamte beschränkt, die mindestens zwei Jahre Aufbauhilfe geleistet haben.

Anlage 3**Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates**

Die Bundesregierung stimmt den Vorschlägen des Bundesrates zur überproportionalen Anhebung der Mehrarbeitsvergütung (Nummer 1) und zur Überschreitung der Stellenobergrenzen (Nummern 2 und 3) nicht zu.

Die Änderungsvorschläge würden zu nicht unerheblichen Mehrkosten in den öffentlichen Haushalten führen. Zusätzlichen kostenwirksamen Maßnahmen

stehen derzeit die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte und die Beschlüsse im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms entgegen.

Die Bundesregierung hält daran fest, das Gesetz über die lineare Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge im Jahr 1993 von strukturellen Besoldungsregelungen freizuhalten. Dies entspricht auch dem grundsätzlichen Anliegen des Bundesrates.

